

Zeit der Lockerungen

Debatte zu neuer Phase in der Corona-Pandemie

17. Februar 2022 – Die Länder haben sich mit dem Bund auf schrittweise Lockerungen der Corona-Schutzmaßnahmen verständigt. Über die konkrete Umsetzung der Beschlüsse in Nordrhein-Westfalen debattierte der Landtag nach einer Unterrichtung durch Ministerpräsident Hendrik Wüst (CDU).

In Nordrhein-Westfalen sollten zunächst die Kontaktbeschränkungen für Geimpfte und Genesene sowie die Zugangsbeschränkungen im Einzelhandel bei gleichzeitiger Maskenpflicht enden. Weitere Schritte waren vorgesehen. Am 20. März sollten dann alle einschneidenden Auflagen auslaufen, wenn die Situation in den Krankenhäusern dies zulässt. Es gilt weiter ein „Basisschutz“, darunter die Maskenpflicht in Innenräumen, Bussen und Bahnen.

„Die Pandemie wird bleiben, aber die aktuelle Entwicklung gibt uns Grund zur Hoffnung“, sagte Ministerpräsident **Hendrik Wüst** (CDU). Trotz angekündigter Öffnungen gelte: „Wir müssen achtsam bleiben.“ Über den 19. März hinaus brauche es eine „Rechtsgrundlage für bewährten Basisschutz“. Dazu zählten Maske, Abstands- und Hygienekonzepte sowie Testnachweise, „wenn immer es nötig ist“. Im kommenden Herbst sei mit einer weiteren Coronawelle zu rechnen. „Wir müssen die einrichtungsbezogene Impfpflicht hinkriegen.“ Im Bund müsse die Debatte um die Impfpflicht weitergeführt werden, auch wenn die Zahl der Infizierten aktuell sinke.

„Impfpflicht in diesem Sommer“

„Wir erlauben uns jetzt Lockerungen, das ist gut und richtig“, sagte SPD-Fraktionschef **Thomas Kutschat**. Diese müssten verknüpft werden mit einer „Impfpflicht jetzt in diesem Sommer“. Es sei zu begrüßen, dass sich Bund und Länder darauf verständigt hätten, die Impfpflicht einzuführen. Einzelne Unionspolitiker äußerten aber bereits Einschränkungen. Ministerpräsident Wüst müsse konkretisieren, welche Vorstellung die Landesregierung habe. Die von ihr angekündigte Abschaffung von PCR-Pooltests an Grundschulen zum 28. Februar bezeichnete Kutschat als „Flucht vor Verantwortung – das ist schlecht für unsere Schülerinnen und Schüler“.

Sein Vorredner habe versucht, „dem Ministerpräsidenten die Verantwortung für die allgemeine Impfpflicht in die Schuhe zu schieben“, sagte CDU-Fraktionschef **Bodo Löttgen**. Tatsächlich habe die Bundesregierung die Verantwortung von Anfang an abgelehnt und wie eine „heiße Kartoffel“ ins Parlament geschoben. Die Corona-Politik in Nordrhein-Westfalen dagegen sei seit Beginn ein „Erfolgsmodell“, sagte Löttgen.

Das Land führe nach wie vor das „Team Vernunft“ an. Der beschlossene „Dreischritt zur Aufhebung von Grundrechtsbeschränkungen“ sei ein „planvolles Vorgehen“ und gebe Sicherheit.

Die aktuelle Coronalage mache „Lockerungen mit Augenmaß“ möglich, sagte Grünen-Fraktionschefin **Josefine Paul**. Der von der Bund-Länder-Konferenz vereinbarte Stufenplan sei deshalb grundsätzlich der richtige Ansatz, Schritt für Schritt Einschränkungen zurückzunehmen. Allerdings müssten die Öffnungsschritte an „klare Kriterien“ wie etwa die Hospitalisierungsrate gebunden werden. Stattdessen gehe man „rein nach Terminkalender“ vor. Paul wies darauf hin, dass noch immer zu wenig Menschen geimpft seien. Die Impfkampagne müsse wieder in Schwung kommen, um auf Herbst und Winter vorbereitet zu sein.

„Wir wollen und müssen das Leben mit Corona organisieren“, unterstrich FDP-Fraktionschef **Christof Rasche**. Mit dem Vortag seien aus Hoffnung Perspektiven geworden. Die Jugend, das Ehrenamt, Kunst und Kultur, die Gastronomie und die Veranstaltungsbranche – „alle atmen wieder auf“, sagte Rasche. Es gebe guten Grund, mutig und optimistisch auf die kommenden Monate zu blicken und auch Osterfeuer und Schützenfeste nicht frühzeitig abzusagen. „Die politische Corona-Strategie der Angst ist vorbei“, betonte der Abgeordnete. „Die Menschen in NRW können sich auf die NRW-Koalition verlassen.“

„Was mir viel mehr Sorge bereitet als die Spaziergänger, sind Teile der Regierung in Land und Bund, die sich ganz offensichtlich von der Wissenschaft distanzieren, ja fast abgekoppelt haben“, sagte **Dr. Martin Vincentz** (AfD). „Sie geben klein bei vor Eltern, die sie erst verunsichert haben mit ihrer Politik“, kritisierte er Masken und „Massentests“ in Schulen. Nicht die Erkrankung, sondern die Quarantäneregeln bedrohten die kritische Infrastruktur, denn die Menschen lägen nicht krank im Bett. „Geben Sie den Menschen endlich ihre Freiheit zurück, und zwar sofort“, forderte der Abgeordnete.

Der Landtag beschloss den Antrag der Fraktionen von CDU und FDP „Pandemische Leitlinien gemäß § 3 Absatz 2 Satz 1 Infektionsschutz- und Befugnisgesetz“ ([17/16488](#)). Für den Antrag stimmten CDU und FDP, dagegen SPD, Grüne und AfD.

tob, zab, sow

Foto: Schälte

Bereits am Tag vor der Bund-Länder-Konferenz (15.2.2022) hatte der Landtag in einer Sondersitzung über die Coronalage beraten. In einer Unterrichtung informierte Ministerpräsident Hendrik Wüst (CDU) die Abgeordneten über die Position der Landesregierung für die Konferenz. Es schloss sich eine teils kontroverse Debatte an. Die Sondersitzung war von den Fraktionen von SPD und Grünen beantragt worden. Mehr über die Sitzung lesen Sie im Internet: www.landtag.nrw.de/Aktuelles/Meldungsarchiv.